

# Mehr Willy Brandt wagen

Deutschlands legendärer Kanzler zählt zu den grossen Friedenspolitikern des 20. Jahrhunderts. Seine unvergänglichen Lehren weisen uns den Weg aus Krieg und Elend.

Oskar Lafontaine

**W**er wollte es bezweifeln? Menschen machen Geschichte. Dieser auf den Historiker Treitschke zurückgehende Satz gilt zu jeder Zeit. Er gilt auch heute. Die vielen Fehlentwicklungen, die wir in der Welt beklagen, sind das Ergebnis des Handelns von Menschen. Das gilt auch für den Ukraine-Krieg. Dass er jetzt schon über neun Monate dauert, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die handelnden Personen nicht bereit sind, den entscheidenden Schritt zu machen, der notwendig wäre, um das Morden zu beenden.

Und wenn sie es einmal versuchen, wie im März dieses Jahres in Istanbul, dann interveniert der britische Premierminister Boris Johnson und richtet aus, für London und Washington sei die Zeit noch nicht reif, um Frieden zu schliessen. Schliesslich müsse so lange Krieg geführt werden, bis Russland derart geschwächt sei, dass es nicht mehr auf die Idee käme, einen ähnlichen Krieg zu beginnen.

## Kennedy als Vorbild

In den USA fehlt heute ein John F. Kennedy, der die Kubakrise durch faire Verhandlungen mit der UdSSR friedlich beendete. Kennedy hielt am 10. Juni 1963 an der American University in Washington seine berühmte Friedensrede. Er sagte unter anderem: «Kein Regierungs- oder Gesellschaftssystem ist so übel gesinnt, dass die ihm angehörigen Menschen als tugendlose Wesen zu betrachten sind. Wir Amerikaner finden Kommunismus zutiefst abstossend, weil in ihm persönliche Freiheit und Würde negiert werden. Trotzdem können wir den Russen aufgrund ihrer zahlreichen Errungenschaften zujubeln, in Wissenschaft und Raumfahrt, beim wirtschaftlichen und industriellen Wachstum, in der Kultur und bei mutigen Handlungen.»

Wie sehr sich die Welt verändert hat, kann man daran sehen, dass man sich kaum vorstellen kann, Bush, Obama, Trump oder Biden hätten Ähnliches gesagt. In Russland fehlt ein Michael Gorbatschow, ohne den das Wettrüsten – wenn auch für eine viel zu kurze Zeit – nicht gestoppt worden wäre. Er rief am 16. Februar 1987 in Mos-

kau zur nuklearen Abrüstung auf: «Wir weisen das Recht der Führung jedes Landes zurück, das Todesurteil über die Menschheit zu fällen. Wir sind keine Richter und Milliarden Menschen keine Verbrecher, die bestraft werden müssen. Eben deshalb ist es notwendig, die nukleare Guillotine niederzureissen. Die Kernwaffen besitzenden Mächte müssen über ihren nuklearen Schatten springen, hinein in die kernwaffenfreie Welt.»

Weder Jelzin noch Putin oder Medwedew haben je einen solchen Appell an die Welt gerichtet. In Deutschland fehlt ein Willy Brandt, der seine erfolgreiche Friedens- und Entspannungspolitik auch gegen den Wider-

*«Biden oder Putin, einer müsste den Mut haben, dem anderen einen Waffenstillstand vorzuschlagen.»*

stand Washingtons durchsetzte. Die erwähnte Friedensrede Präsident Kennedys war übrigens ein Vorbild für die Entwicklung der Entspannungspolitik Willy Brandts, die Egon Bahr rund einen Monat später am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing unter das Motto «Wandel durch Annäherung» stellte. Wenn die Verantwortlichen unserer Zeit im Geiste dieser Staatsmänner handelten, dann

wäre es möglich, das Morden in der Ukraine bald zu beenden.

Biden oder Putin, einer müsste den Mut haben, zum Hörer zu greifen und dem anderen einen sofortigen Waffenstillstand vorzuschlagen. Nicht zuletzt die Reise Boris Johnsons nach Kiew im Frühjahr zur Torpedierung der Vereinbarung von Istanbul hat bewiesen: Selenskyj entscheidet nicht über den Fortgang des Krieges in der Ukraine, sondern die Präsidenten Russlands und der USA.

Was Biden angeht, so hat er schon als Vizepräsident Obamas die Entlassung des damaligen ukrainischen Generalstaatsanwalts Schokin durchgesetzt, als dieser gegen die Firma Burisma ermitteln wollte, jene Firma also, die seinen Sohn Hunter Biden in ihren Verwaltungsrat berufen hatte und diesem ein hohes Honorar zahlte, obwohl seine einzige Qualifikation darin bestand, der Sohn des amerikanischen Vizepräsidenten zu sein. Dass die USA bestimmen, wer in der Ukraine regiert, hat auch das geleakte Telefongespräch der heutigen stellvertretenden US-Aussenministerin Victoria Nuland mit dem amerikanischen Botschafter Pyatt 2014 («Fuck the EU!») bewiesen.

## Bis zum letzten Ukrainer?

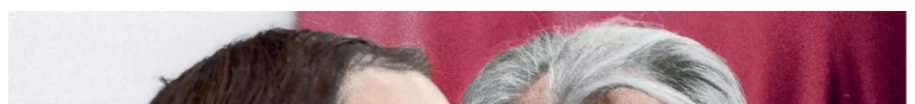
Wenn aber diejenigen recht haben, die behaupten, Putin oder Biden sei ein solcher Schritt ohnehin nicht zuzutrauen, dann richten sich die Blicke unweigerlich auf Deutschland, auf jenes Land also, in dem ein sozialdemokratischer Bundeskanzler einst gezeigt hat, dass es auch gegen den Widerstand der USA möglich ist, Frieden und Ausgleich mit Russland zu erreichen. Aber der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz und die beiden Parteivorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken haben das Erbe Brandts längst ausgeschlagen.

Bundeskanzler Scholz ist stolz darauf, dass er die Bundeswehr zur stärksten Armee auf dem Kontinent ausbauen will, und rühmt sich wöchentlich, der Ukraine Waffen zu liefern, mit denen Freiheit und Demokratie verteidigt würden. Er übersieht offensichtlich dabei, wie seine Aufrüstungspläne im westlichen Europa



„Und dann hatten wir diese Geschäftsidee...“

aufgenommen werden. Frankreich beispielsweise ist ganz «begeistert» von der Idee, dass Deutschland wieder militärische Führungsmacht werden will. Und weil die gelieferten



macht werden will. Und weil die generierten Waffen das Morden in der Ukraine verlängern und weil mit deutschen Waffen wieder Russen getötet werden, haben Scholz, Baerbock, Habeck Lindner, Merz und die Journalistenbataillone, die bis zum letzten Ukrainer kämpfen wollen, offensichtlich vergessen, dass die Nazis einen

### «Frieden und Ausgleich mit Russland ist auch gegen den Widerstand der USA möglich.»

verbrecherischen Krieg gegen die ehemalige Sowjetunion geführt haben und dass dabei 27 Millionen Menschen, darunter viele Russen und Ukrainer, ihr Leben verloren haben. Und jetzt sollen deutsche Waffen dabei helfen, Russen zu töten?

#### Abrüstung, nicht Aufrüstung

Besonders tut sich in den letzten Monaten der SPD-Vorsitzende Klingbeil hervor, wenn es darum geht, die Entspannungspolitik Willy Brandts zu entsorgen. Nicht genug damit, dass er Deutschland zur Führungsmacht erklärt, er sagte kürzlich auch: «Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen.»

Wohl gemerkt, hier ging es nicht um den im Grundgesetz festgelegten Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, sondern um die vielen Auslandseinsätze, oft völkerrechtswidrig, die der amtierende Nachfolger Brandts im Parteivorsitz mit diesen Worten rechtfertigte. Er sprach sich zudem dafür aus, die Haltung zu Russland grundsätzlich zu ändern. Willy Brandts und Egon Bahr Überzeugung, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben könne, habe keinen Bestand mehr. «Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren. Russland hat sich aus dem System der gemeinsamen Sicherheit und damit der gemeinsamen Werteordnung verabschiedet. Unsere Sicherheit muss ohne Russland funktionieren.»

Zur Erinnerung: Gewaltverzicht stand im Zentrum der Ostpolitik Brandts. «Krieg ist kein Mittel der Politik» lautete sein Credo. Dass Sicherheit nur gemeinsam und nicht gegeneinander zu erreichen sei, haben Brandt und Bahr immer wieder gesagt. Abrüstung, nicht Aufrüstung, war damals und wäre heute für den Friedensnobelpreisträger der Weg zum Frieden. Wenn man sieht, dass die sozialdemokratische Verteidigungsministerin Christine Lambrecht F-35-Kampfflugzeuge aus den USA bestellen will, um die «atomare Teilhabe Deutschlands» sicherzustellen, dann könnte man zynisch werden und auf die Idee kommen, vorzuschlagen,



«Krieg ist kein Mittel der Politik»: Nobelpreisträger Brandt, Autor Lafontaine (l.), 1984.

das Willy-Brandt-Haus in Lockheed-Martin-Haus umzubenennen. Immerhin haben Fussballvereine sich mit solchen Namensgebungen, ich denke an die Allianz Arena oder an den Signal Iduna Park, zusätzliche Einnahmen gesichert. Zudem würde so jeder Verdacht zerstreut, der SPD könnte die notwendige Bündnistreue einmal abhanden kommen.

Der SPD fehlt jegliche Vorstellung über die Rolle, die das heutige Deutschland in der sich neu herausbildenden Weltordnung einnehmen sollte. Jede Zeit brauche ihre Antworten, hatte Willy Brandt einmal gesagt, aber die ethischen Grundlagen seiner Entspannungspolitik, «Gewaltverzicht» und «gemeinsame Sicherheit», hätte er niemals aufgegeben. Sah er noch in seiner Nobelpreisrede das Bündnis mit den Vereinigten Staaten als «unverzichtbare» Voraussetzung für seine Ostpolitik an, so darf man davon ausgehen, dass er aus der Einkreisung Russlands und Chinas durch die USA Konsequenzen gezogen hätte.

#### Ende der monopolen Weltordnung

Und die völkerrechtswidrigen Kriege der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Syrien und in Libyen hätten sicherlich seine Sicht auf das Bündnis verändert, dessen Mitglieder sich im Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 dazu verpflichtet hatten, «sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar

sind». Auch den ebenfalls völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg konnte er nicht.

Die monopole Weltordnung geht zu Ende. Die USA wollen die einzige Weltmacht bleiben und keine andere aufkommen lassen. Deshalb kreisen sie China und Russland ein und versuchen, die beiden Staaten, wo immer es geht, zu schwächen. Das Risiko eines Krieges wird dabei in Kauf genommen. Selbstverständlich gehen die Vereinigten Staaten davon aus, dass ein eventueller Krieg nicht das Territorium der USA erreichen wird. Für die heutigen Bündnispartner der USA stellt sich die Lage aber ganz anders dar. Wenn es zu einem regional begrenzten Krieg kommt, dann können sie zum Schlachtfeld werden, während Nordamerika immer noch weit weg ist. Das gilt vor allem für die Staaten, die wie Deutschland ihr Territorium für Kommandozentralen, Flugplätze und Atomwaffendepots den USA zur Verfügung gestellt haben.

Deutschland und Europa bleibt nur der Ausweg, zwischen den miteinander rivalisierenden Atomwächtern eine eigene Rolle zu finden. Um zwischen ihnen ausgleichend zu wirken und den Weltfrieden zu bewahren, müssen sie eine von den USA unabhängige Verteidigung aufbauen und selbständig werden. Deutschland und Frankreich müssen den Anfang machen.

Oskar Lafontaine war Finanzminister Deutschlands und Kanzlerkandidat der SPD. Er zählt zu den prägenden deutschen Politikern seiner Generation, arbeitete eng mit Willy Brandt zusammen und gilt als dessen politischer Enkel.